

Vorwort

Prognosen sind schwierig. Mit falschen Prognosen anerkannter Fachleute lassen sich ganze Bibliotheken füllen. Und doch ist die Nachfrage nach Prognosen in allen Politikbereichen ungebrochen. Ihr Beitrag zum zukunftstauglichen politischen Handeln ist allerdings umstritten. Prognosen sind der Politik oft unbequem, und das umso mehr, je mehr sie Entwicklungen voraussagen, die politisch gesetzten Zielen widersprechen. Gleichwohl sind sie als Versuch „Schneisen in die Zukunft zu schlagen“ notwendig. Dies gilt auch für die Raumordnungsprognose (ROP) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Sie kann eine aktive Raum- und Stadtentwicklungspolitik unterstützen, indem aus den Ergebnissen Handlungsbedarf abgeleitet und in Handlungsempfehlungen umgesetzt wird.

Die hier vorgestellte ROP 2025/2050 ist bereits die fünfte ROP für das geeinte Deutschland. Sie umfasst wiederum den demographischen Kernbereich mit den Merkmalen Bevölkerung, private Haushalte und Erwerbspersonen. Die Ergebnisse erweitern und akzentuieren das Zukunftswissen aus der Vorgänger-ROP 2020/2050. Sie verdeutlichen, wie sehr der demographische Wandel bereits seine Spuren hinterlässt und wie regional gespalten die Entwicklungsdynamik bleiben wird.

Einer immer größer werdenden Gruppe von Städten und Gemeinden mit Schrumpfungstendenzen steht eine immer kleiner werdende Gruppe mit teils noch kräftigem Wachstum bei Bevölkerung, Haushalten und Erwerbspersonen gegenüber. Das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung – mittelfristige Realität der Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland – führt zu einer Vielzahl von räumlichen Problemkonstellationen, die regional und örtlich angepasste Entwicklungsstrategien und -konzepte erfordern.

So erreicht die Alterung der Bevölkerung in den nächsten Jahren das Umland der Städte. In Folge der starken Suburbanisie-

rung in den 60er und 70er Jahren betrifft dies vor allem die alten Länder. In den ausgedehnten Einfamilienhausgebieten des Umlandes sind Anpassungsprozesse zu initiieren bzw. ist vorsorgendes städtebauliches und wohnungspolitisches Handeln angesagt. Zum Beispiel gilt es, durch eine vorausschauende, regional abgestimmte Siedlungsflächenpolitik Überangebote im Eigenheimsektor und einem Werteverfall von Immobilien zu verhindern sowie sich auf die starke Zunahme altersbedingter Wohnbedarfe einzustellen.

Nach der Erwerbspersonenprognose der ROP 2025/2050 ist vor allem ein starker Rückgang bei den jungen Erwerbspersonen zu erwarten, in fast allen Regionen der neuen Länder von 30 % und mehr. Die Konkurrenz der Unternehmen um qualifizierte junge Erwerbspersonen dürfte sich in vielen Regionen deshalb schon sehr bald verschärfen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, das Erwerbspersonenpotenzial auszuschöpfen, seine Qualifikation zu erhöhen und die Attraktivität der Wirtschaft in den Regionen zu stärken. Zudem wird lebenslanges Lernen zu einer wichtigen Voraussetzung für die Arbeitsmarktfähigkeit älterer Erwerbspersonen. Flexible Weiterbildungsmöglichkeiten im Erwerbsystem werden immer wichtiger werden.

Unter der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raum- und Stadtentwicklung ist der begonnene Paradigmenwechsel vom gesteuerten Wachstum zum gestalteten Umbau eine erfolgreiche Strategie. Dies betrifft insbesondere Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in von weiterer Schrumpfung betroffenen Räumen. In der Regel sind es die schon heute dünn besiedelten ländlichen Räume, insbesondere wiederum in den neuen Ländern, wo sich auch die künftigen Bevölkerungsverluste konzentrieren. Viele Regionen, nicht zuletzt unterstützt durch Modellvorhaben der Bundesraumordnung, haben sich inzwischen schon offensiv mit dem demographischen Wandel auseinandergesetzt. Sie haben erkannt, dass eine auf realistische Entwicklungen ausgerichtete Planung

der öffentlichen Daseinsvorsorge wichtig ist. Angepasste Dimensionierungen und neue Angebotsformen können verhindern, dass Kommunen durch über Jahre gebundene Fixkosten für überdimensionierte Einrichtungen belastet und handlungsunfähig werden.

Wird der demographische Wandel frühzeitig aktiv gestaltet, dann ergeben sich größere Handlungsspielräume und mehr Optionen. Frühes Handeln setzt systematisch erarbeitete Zukunftsinformationen voraus. Die Kenntnis der absehbaren Entwicklungen und Problemkonstellationen und das Bewusstsein, dass der demographische Wandel eine fachpolitikübergreifende Herausforderung ist,

sind notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingungen, dem demographischen Wandel mit sachgerechtem Handeln zu begegnen. Deshalb ist es wichtig, umfassend und laufend über den demographischen Wandel und seine räumlichen Folgen zu informieren und die Diskussion darüber zu intensivieren.

Die Ergebnisse der aktuellen Raumordnungsprognose 2025/2050 sagen uns genauer, wo und welchen Handlungsbedarf der demographische Wandel verursacht und zum Handeln herausfordert. Ich würde mich freuen, wenn die Raumordnungsprognose 2025/2050 in diesem Sinne wichtiges Handlungswissen für die Politik und die Praxis vor Ort zur Verfügung stellt.

H. P. Gatzweiler